

Asyl: Koordinationspflicht für Kanton gefordert

Vier Kantonsräte wollen, dass der Kanton die Gemeinden bei der Organisation von Asylunterkünften unterstützt.

Jürg Auf der Maur

Gemeinden wie Steinerberg verlangen es schon lange, nun werden solche Forderungen auch im Kantonsrat laut. Der Regierungsrat soll das Migrationsgesetz so ändern, dass der Kanton die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zwischen den Gemeinden koordiniert. Das fordern die Kantonsräte Dominik Blunschy (Mitte, Schwyz), Patrick Schnellmann (SP, Wangen), Cornel Züger (Mitte, Innerthal) und Christian Holenstein (Mitte, Wangen) in einer Motion.

Heute liegt es in der Verantwortung der Gemeinden, Unterkunftsplätze zu organisieren und für die Betreuung von Asylbewerbern zu sorgen. Die steigenden Flüchtlingszahlen aufgrund des Krieges in der Ukraine hätten die Gemeinden an ihre Grenzen bezüglich Organisation und Infrastruktur gebracht, heisst es nun im gemeinsamen Vorstoss.

Deshalb sei «offensichtlich mehr koordinative Unterstützung durch den

Kanton angezeigt», halten die vier Kantonsräte fest. Der Kanton und das Migrationsamt sollen deshalb neu eine Ko-

ordinationsaufgabe bei der Unterbringung bekommen und zudem bei der Betreuung der Flüchtlinge eine ge-

meinsame Betreuung unter den Gemeinden organisieren beziehungsweise koordinieren, wird gefordert.



Dominik Blunschy und drei Mitunterzeichnende fordern, dass der Kanton die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zwischen den Gemeinden koordiniert.

Bild: Jürg Auf der Maur

SVP fordert einen Asylstopp

Auch die SVP stellt Forderungen im Asylbereich. Gemäss einer Medienmitteilung der Schwyzer SVP ist das Schweizer Asylsystem «komplett gescheitert». Der Kanton Schwyz müsse sich «endlich zur Wehr setzen». Allein im Kanton Schwyz sei 2023 mit «voraussichtlich rund 800 Personen zusätzlich» zu rechnen.

Die SVP des Kantons Schwyz fordert deshalb vom Regierungsrat, dass er beim Bund einfordert, «dass abgelehnte Asilmigranten ohne Wenn und Aber auszuschaffen sind». Ansonsten seien «entsprechende Personen» durch die Polizei in ein Bundesasylzentrum zu überstellen. (pd/adm)